



Haushalts- und Finanzausschuss

44. Sitzung (öffentlicher Teil)*)

6. Juni 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 12:45 Uhr

13:05 Uhr bis 14:10 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokollerstellung: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
Zur heutigen Tagesordnung	5
1 Gesetz über das Personaleinsatzmanagement Nordrhein-Westfalen (Personaleinsatzmanagementgesetz NRW – PEMG NRW)	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/3975	
Stellungnahmen 14/983, 14/1023 bis 14/1025, 14/1028, 14/1030 bis 14/1032, 14/1038 (Neudruck), 14/1041, 14/1052 bis 14/1054, 14/1059 und 14/1061	
Ausschussprotokoll 14/405	
Vorlagen 14/1082, 14/1084 und 14/1094	
Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung	

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD

*) vertraulicher Teil zu TOP 2 siehe vAPr 14/11

und Bündnis 90/Die Grünen, dem **Gesetzentwurf** Drucksache 14/3975 unverändert **zuzustimmen**.

Berichterstatter: Harald Schartau (SPD)

2 Auswirkungen des Eigenhandels auf das Handelsergebnis der WestLB AG 8

Bericht des Finanzministers

– Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM) 8

– Diskussion 9

3 Gesetz über die Gewährung von Einmalzahlungen an Beamte und die Gewährung einer Zulage für freiwillige Mehrarbeit im feuerwehrtechnischen Dienst in Nordrhein-Westfalen 31

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3968

Vorlage 14/1095

Stellungnahmen 14/1069 bis 14/1073, 14/1079, 14/1083, 14/1084 und 14/1086

Zuschriften 14/872, 14/874 und 14/946

Ausschussprotokoll 14/408

Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung

Der Ausschuss **nimmt** den **Änderungsantrag** der Fraktionen der CDU und der FDP (*s. Anlage zu Drucksache 14/4492*) mit den Stimmen der Regierungsfractionen bei Stimmenthaltung der Oppositionsfractionen **an**.

Sodann **empfiehlt** er dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, den **Gesetzentwurf** Drucksache 14/3968 unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderung **anzunehmen**.

Berichterstatter: Christian Möbius (CDU)

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landesbank Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Gesetze 34

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4266

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, am 30. August 2007 zu dem Gesetzentwurf eine **Anhörung** durchzuführen.

5 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 4. Quartal des Haushaltsjahres 2006 sowie Überschreitungen unter 25.000 € im gesamten Haushaltsjahr 2006 35

Vorlage 14/1058

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag einstimmig, die in Vorlage 14/1058 aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben **zu genehmigen**.

Berichtersteller: Rüdiger Sagel (GRÜNE)

6 Holzgeschäfte der Landesregierung 36

Bericht der Landesregierung

Vorlage 14/1113

In Verbindung damit:

Ausverkauf des Staatswaldes stoppen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4343

Der Ausschuss erörtert Vorlage 14/1113. Sich daraus ergebende Fragen werden von der Landesregierung beantwortet bzw. sollen demnächst beantwortet werden.

7 Kassenabschluss 2006 40

Vorlage 14/1070

Der Ausschuss nimmt ohne Diskussion von der Vorlage Kenntnis.

- 8 Einführung eines bundeseinheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunktionsystems für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)** 41
Vorlage 14/1056

Der Ausschuss nimmt die Vorlage im Rahmen einer kurzen Erörterung entgegen.
- 9 Kontrolle der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen** 42
Vorlage 14/1025

Die Vorlage soll zunächst im Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ beraten werden.
- 10 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz (AVO 2007/2008, Bericht zur Unterrichtsversorgung 2007/2008)** 43
Vorlage 14/1037
Stellungnahmen 14/1102 bis 14/1104, 14/1106, 14/1108, 14/1110, 14/1113, 14/1114, 14/1122, 14/1123 und 14/1145
Ausschussprotokoll 14/424

Der Ausschuss **stimmt** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen dem Entwurf der **Verordnung zu**.
- 11 Verschiedenes** 44
a) **Stand der Beratungen des Unternehmensteuerreformgesetzes** 44
b) **Referentenentwurf zum Sparkassengesetz** 45
c) **Entwurf des Nachtragshaushalts 2007** 45

1 Gesetz über das Personaleinsatzmanagement Nordrhein-Westfalen (Personaleinsatzmanagementgesetz NRW – PEMG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3975

Stellungnahmen 14/983, 14/1023 bis 14/1025, 14/1028, 14/1030 bis 14/1032,
14/1038 (Neudruck), 14/1041, 14/1052 bis 14/1054, 14/1059 und 14/1061

Ausschussprotokoll 14/405

Vorlagen 14/1082, 14/1084 und 14/1094

Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung

Vorsitzende Anke Brunn weist darauf hin, dass sich die mitberatenden Ausschüsse – der Innenausschuss und der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform – jeweils mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der Oppositionsfractionen für die Annahme des Gesetzentwurfs ausgesprochen hätten.

Der Unterausschuss „Personal“ habe vor dem Hintergrund der ausführlichen Beratungen im HFA kein Votum abgegeben.

Änderungsanträge lägen nicht vor.

Harald Schartau (SPD) legt dar, aufgrund der Anhörung habe sich die Meinung seiner Fraktion verfestigt, dass PEM eine absolut überflüssige zusätzliche bürokratische Einrichtung sei, mit der nur der für die nächsten Jahre angekündigte enorme Personalabbau kaschiert werden solle. Alle anderen Ziele, die vermeintlich den Beschäftigten zugute kommen sollten – Qualifizierungen, Umbesetzungen auf Stellen, die gewünscht würden, usw. – träten dahinter zurück.

Dass PEM es mit den Beschäftigten nicht gut meine, werde dadurch offensichtlich, dass die Rechte der Personalräte massiv eingeschränkt würden. Wenn die Beschäftigten von PEM profitieren sollten, müsse sich jeder fragen, warum das geschehe.

Die SPD-Fraktion meine, dass die angestrebten Ziele mit personalwirtschaftlichen Instrumenten wie Vorruhestand, Abfindungen, Ausnutzung der natürlichen Fluktuation, die ohnehin zur Verfügung ständen oder geschaffen werden könnten, wesentlich ruhiger und zielstrebig zu erreichen wären, und sie halte die vorgesehene Personalisierung von kw-Stellen für eine in hohem Maße zur Beunruhigung und zur Diskriminierung beitragende Verfahrensweise.

In der Anhörung habe bis auf einen Vertreter aus Berlin niemand der neuen Einrichtung etwas Gutes abgewinnen können. Die SPD-Fraktion könne der Landesregierung deshalb nur dringend empfehlen, diesen gewaltigen bürokratischen Apparat nicht einzurichten und in konzentrierter Form auch mit Personalräten über Instrumente zur Personalanpassung zu verhandeln, sodass erkennbar werde, welches die Ziele seien und mit welchen Instrumenten das sozialverträglich gesteuert werden solle, und womit zugleich

ein weiteres Ziel, das sich die Landesregierung auch gesetzt habe, nämlich Bürokratieabbau, beachtet werde.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) kann sich seinem Vorredner weitgehend anschließen. Die Anhörung habe auch seine Fraktion in ihrer ablehnenden Haltung bestätigt. Wesentliche Gründe dafür seien, dass eine zusätzliche Bürokratie aufgebaut und zusätzliche Kosten verursacht würden. Von den Experten sei vorgetragen worden, dass sich die Ziele im bestehenden System erreichen ließen, sodass überhaupt nicht nachzuvollziehen sei, warum das mit einem neuen Bürokratiewust und einer im ersten Jahr 10 Millionen € teuren Behörde abgewickelt werden solle.

Seine Fraktion sei sehr gespannt auf die Umsetzung und habe aufgrund der Erfahrungen aus Berlin große Befürchtungen im Hinblick auf die Betroffenheit der Frauen und auch große Bedenken, was die Altersstruktur angehe.

Christian Weisbrich (CDU) erwidert, die rot-grüne Koalition habe es in der Vergangenheit ohne PEM nicht geschafft, Personal abzubauen. Diese Koalition wolle es jetzt mit PEM versuchen.

Was die Anhörung angehe, gebe es Experten, die nur über etwas redeten, und Experten, die etwas machten und dann darüber redeten. Seine Fraktion habe auf die Experten gehört, die tatsächlich Erfahrungen gemacht hätten; ein Arbeitskreis habe sich in Berlin informiert und die Überzeugung gewonnen, dass das richtig sei.

Wenn es nur um den Abbau weniger Stellen ginge, brauchte man eine solche Einrichtung natürlich nicht. Die Koalition habe sich aber vorgenommen, nicht nur 12.000 kw-Vermerke bis 2010 zu realisieren, sondern die Konsolidierung in der nächsten Legislaturperiode fortzusetzen, weil der Personalbestand des Landes hoffnungslos zu hoch sei. Deshalb brauche man auf jeden Fall das Instrument PEM.

Andere Landesregierungen, in denen die Sozialdemokraten auch beteiligt seien, hätten so etwas auch eingerichtet, und von daher sollte die SPD-Fraktion ihre Position vielleicht noch einmal überdenken.

Aus der Landesverwaltung sei im Übrigen zu hören, dass das im Finanzministerium entwickelte Anreizsystem so gut sei, dass viele Beschäftigte zu PEM wollten. Über mangelnde Akzeptanz brauche man sich also nicht zu beklagen. Dass die Leute sich für PEM entscheiden müssten, wenn sie in den Genuss der Anreizlösungen kommen wollten, sei richtig.

Die CDU-Fraktion werde dem Gesetzentwurf zustimmen.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dem Gesetzentwurf Drucksache 14/3975 unverändert zuzustimmen, und bestellt Harald Schartau (SPD) zum Berichterstatter.